

Geht per Mail an: katharina.schubarth@bsv.admin.ch

24.9.2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Grundsätzlich wird begrüsst, dass sich der Bundesrat mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf einem Ziel der BDP anschliesst: Einer Besserstellung älterer Arbeitsloser. Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels unterscheiden sich allerdings stark: Während die Motion der BDP die Ursachen des Problems bekämpfen will, belässt es der Bundesrat bei einer Bekämpfung der Symptome.

In der Analyse der Problematik und in der Zielvorstellung stimmen die Positionen von Bundesrat und BDP überein: Ältere Arbeitslose haben es schwerer als Junge, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Gelingt ihnen dies nicht, werden sie häufig ausgesteuert und müssen Sozialhilfe beziehen. Dieser Umstand ist stossend und muss verbessert werden.

In den Mitteln unterscheiden sich die BDP und der Bundesrat allerdings voneinander: Während der Bundesrat reine Symptombekämpfung betreibt, versucht die eingereichte Motion der BDP das Problem an der Wurzel zu packen und die Ursachen zu bekämpfen.

Grundsätzlich stellt sich nämlich die Frage, ob man das Problem einfach mit Geld, der vorgeschlagenen Überbrückungsleistung, oder mit einem ganzheitlichen, würdigen Ansatz lösen will wie es die Motion vorschlägt:

Konkret schlägt nämlich die Motion vor, dass ältere Arbeitslose nicht ausgesteuert werden und im RAV-System verbleiben. Die Vorteile einer solchen Lösung liegen auf der Hand: Den Betroffenen wird eine Perspektive geboten, denn die Chancen einer Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess sind höher als nach einer Aussteuerung. Zudem ist es ein würdigerer Umgang mit Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben.

Indem man also Menschen ab 55 Jahren, welche während mindestens 10 Jahren dauerhaft ein AHV-pflichtiges Einkommen erzielt haben, nicht mehr aussteuert, erhöht man deren Chancen auf Wiedereingliederung, schützt sie vor den Folgen einer Aussteuerung und zollt ihnen Respekt. Es ist ein ganzheitlicher Ansatz, der sowohl die finanziellen wie auch sozialen Aspekte der Problematik miteinbezieht.

Abschliessend zu erwähnen ist, dass der Vorstoss der BDP aus der Praxis stammt und deshalb auch von der SODK favorisiert wird. Der hier skizzierte Vorschlag des Bundesrates könnte einzig als Ergänzung akzeptiert werden.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

Per E-Mail: katharina.schubarth@bsv.admin.ch

Bern, 10. Oktober 2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zum *Bundesgesetz über Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose* Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die CVP anerkennt die Herausforderungen, mit welchen ältere Arbeitnehmende im heutigen Arbeitsmarkt konfrontiert sind. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist insbesondere für Arbeitnehmende, die nur wenige Jahre vor der ordentlichen Pensionierung stehen, mit einer realen existenziellen Bedrohung verbunden. Eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erweist sich in diesen Fällen zudem oftmals als schwierig.

Die CVP unterstützt deshalb den Vorschlag des Bundesrates zur Einführung einer Überbrückungsrente für ältere ausgesteuerte Personen, damit der Existenzbedarf bis zur Pensionierung gewährleistet ist, ohne auf Sozialhilfe zurückgreifen zu müssen. Die CVP begrüsst, dass Personen, die kurz vor dem 60. Altersjahr ihre Erwerbstätigkeit verloren haben und keine neue Anstellung mehr finden, ihr Vermögen bis zu einem bestimmten Schwellenwert nicht antasten oder Altersleistungen vorbeziehen müssen.

Die CVP spricht sich aber auch dafür aus, dass – wie im Entwurf des Bundesrates vorgesehen – für den Anspruch einer solchen Überbrückungsleistung klare Voraussetzungen definiert und die Leistungen plafoniert werden. Die Reform darf denn auch keinesfalls zu falschen Anreizen führen, weder für Arbeitgebende noch für Arbeitnehmende.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz



Herr Bundesrat Alain Berset
Frau Katharina Schubarth
Bundesamt für Sozialversicherungen
katharina.schubarth@bsv.admin.ch

Bern, 10. Oktober 2019

Vernehmlassungsantwort zum erläuternden Bericht und zum Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zum neuen Bundesgesetz Stellung zu nehmen. Ethisches Wirtschaften sowie Alterspolitik sind Schwerpunktthemen der EVP. In diesem Sinn begrüssen wir die vom Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern beschlossenen sieben Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials. Es ist wichtig, dass diejenigen Personen gestärkt werden, die - unter anderem wegen der Konkurrenz aus der EU - Schwierigkeiten haben, im Arbeitsmarkt zu bleiben. Wir freuen uns sehr, dass der Bundesrat die Schwierigkeiten älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. So begrüssen wir auch die kostenlose Laufbahnberatung für Ü40 und die verstärkte Unterstützung von schwer Vermittelbaren, den Pilotversuch für ausgesteuerte Personen über 50 und die Streichung der Wartefrist für den Leistungsbezug von arbeitsmarktlichen Massnahmen unter Mitfinanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV).

Die Stellensuche im höheren Alter ist oft zermürend und die Wiedereinstiegchancen sind unter anderem wegen fehlenden Weiterbildungen schwierig. Gemäss dem erläuternden Bericht zu dieser Vernehmlassung gelingt es nur knapp 14% der ausgesteuerten Personen ab 55 Jahren sich nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. 31% gingen nach der Aussteuerung überhaupt keiner Erwerbstätigkeit mehr nach. Ältere Sozialhilfebeziehende sind besonders hart getroffen, da sie das Ersparte für das Pensionsalter aufgeben müssen (Verzehr des Kapitals, Wohneigentum). Der als entwürdigende und schwierig empfundene Schritt zur Sozialhilfe entspricht auch einem gesellschaftlichen Abstieg nach dem ordentlichen Pensionierungsalter. Die Überbrückungsleistungen leisten einen Beitrag für den würdigen Umgang unserer Gesellschaft mit Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sowie zur effektiven Prävention von Altersarmut. Dass sich die Berechnung der Überbrückungsleistung an den Vorschriften der Ergänzungsleistungen orientiert, finden wir sinnvoll.

Die EVP Schweiz nimmt die Gelegenheit wahr, sich zu folgenden drei Punkten spezifisch zu äussern:

Diskriminierung von Frauen: Es ist für die EVP enttäuschend und nicht erklärbar, dass die Vorlage die Care Arbeit komplett ausser Acht lässt. Frauen sind mit der Vorlage einerseits wegen der Mindestwerbshöhe und andererseits wegen der Erwerbsdauer stark diskriminiert. Frauen (oder Männer) die erst spät (wenn die Kinder ausgezogen sind, nach der Scheidung, nachdem Pflegebedürftige gestorben sind) zurück ins Arbeitsleben

zurück gehen, haben per Definition kein Anrecht auf die Leistungen, falls sie ihre Stelle verlieren und nicht mindestens CHF 21'000.- über 20 Jahre verdient haben. Zum Teil sind sie ja auch – wegen Arbeit in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüchen, Teilzeitarbeit während der Familienphase, mangelnder Weiterbildungen – speziell von Kündigungen und Stellenabbau betroffen. Der jetzige Vorschlag ist vorwiegend auf männliche Lebensmodelle ausgerichtet. Die EVP fordert deshalb Änderungen in der Vorlage, sodass der unbezahlten Care Arbeit Rechnung getragen wird. Mögliche Lösungsansätze wären: Betreuungs- und Erziehungsgutschriften in die Berechnung einbeziehen oder den Lohn des Ehepartners anrechnen und ein AHV-Splitting vornehmen. Dies ist sowohl bei der Berechnung der Mindestdauer wie bei der Berechnung des Mindesteinkommens einzurechnen.

Kohärenz zwischen Befund und Massnahme: Die obengenannten Zahlen aus dem erläuternden Bericht zu dieser Vernehmlassung zeigen, dass die Herausforderungen für ältere Arbeitnehmende nicht erst ab Alter 60 akut sind. Langzeitarbeitslosigkeit steigt insbesondere ab 55 Jahren an. Darum befürworten wir eine Senkung des Alters auf 57 Jahren für die Überbrückungsleistungen, nachdem der Anspruch auf Taggelder der Arbeitslosenversicherung ausgeschöpft ist. Nur eine Senkung des Alters auf 57 würde eine kohärente Antwort auf die empirisch belegten Herausforderungen zeigen.

Ziel soll die Wiedereingliederung bleiben: Zentral ist für die EVP die Begleitung durch unterschiedliche Institutionen, wie der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, sodass trotz Überbrückungsleistungen eine Wiedereingliederung ins Berufsleben gelingen kann. Zusammen mit einer sozialen Sicherung sollte dies eines der wichtigsten Ziele der Vorlage sein. Wir stehen aus diesem Grunde einer Plafonierung der Überbrückungsleistungen positiv gegenüber, da Personen mit Überbrückungsleistungen weiterhin den Anreiz haben sollten, sich um eine Stelle zu bemühen. Die Reintegration von älteren ausgesteuerten Personen sollte Priorität haben. Zusätzlich muss aber auch darüber nachgedacht werden, wie Anreize für Unternehmen geschaffen werden können, damit diese für die Wiedereingliederung älterer Arbeitssuchenden Hand bieten.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Marianne Streiff-Feller
Präsidentin EVP Schweiz



Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern

Per E-Mail an: katharina.schubarth@bsv.admin.ch

24. September 2019

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zum Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zum Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen begrüssen, dass der besonderen Situation von älteren Arbeitslosen besser Rechnung getragen werden soll. Das oberste Ziel muss dabei die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit sein. Es geht nicht an, dass arbeitsfähige Personen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, nur weil sie älter sind. Das ist nicht nur für die betroffenen Personen diskriminierend, sondern widerspricht auch den Zielen der Fachkräfteinitiative und der Notwendigkeit, das ordentliche Rentenalter zu erhöhen. Alle staatlichen Massnahmen müssen darauf gerichtet sein, die Arbeitnehmenden länger in der Erwerbstätigkeit zu halten.

Gestützt auf diese Grundsätze begrüssen die Grünliberalen die vorgeschlagene Zusatzfinanzierung im Arbeitslosenversicherungsgesetz. Sie haben jedoch grosse Vorbehalte gegenüber der geplanten Überbrückungsleistung für über 60-jährige ausgesteuerte Arbeitslose. Die Massnahmen und Anreize sind vielmehr so auszugestalten, dass auch diese Personen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Die Grünliberalen begrüssen die vorgeschlagene Zusatzfinanzierung im Arbeitslosenversicherungsgesetz (Erhöhung der Beteiligung des Bundes um Fr. 69,5 Mio. pro Jahr in den Jahren 2020 bis 2022). Mit diesen Geldern soll zum einen ein Impulsprogramm zur Förderung der Wiedereingliederung schwer vermittelbarer Personen, insbesondere älterer Arbeitsloser, finanziert werden. Das ermöglicht massgeschneiderte Zusatzmassnahmen wie ein Coaching oder Mentoring. Zum anderen ist im Rahmen eines Pilotversuchs die Ausweitung der Anspruchsvoraussetzungen für arbeitsmarktliche Massnahmen vorgesehen. So soll für über 60-jährige Ausgesteuerte die Teilnahme an Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen ohne Abwarten der heutigen zweijährigen Wartefrist ermöglicht werden. Die Grünliberalen begrüssen diese Massnahmen und erwarten, dass diese im Fall eines Erfolgs fortgesetzt werden.

Die Grünliberalen haben hingegen grosse Vorbehalte gegenüber der geplanten Überbrückungsleistung für über 60-jährige ausgesteuerte Arbeitslose. Die Grünliberalen teilen zwar das Anliegen, ausgesteuerten älteren Arbeitslosen, die sich finanziell in einer schwierigen Lage befinden, zu helfen. Es geht um Menschen, die jahrelang

viel gearbeitet haben und es trotz ihrer Bemühungen nicht geschafft haben, in die Erwerbstätigkeit zurückzukehren. Eine Überbrückungsleistung, die faktisch einer Frühpensionierung entspricht, ist aber der falsche Weg und widerspricht diametral dem eingangs erwähnten Ziel der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit.

Die Grünliberalen fordern vielmehr, dass für alle Beteiligte Anreize geschaffen werden, um ältere Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die bereits erwähnten Massnahmen gemäss Vorlage sind dabei ein Schritt in die richtige Richtung, doch genügen sie nicht. Weitergehend muss die Arbeitslosenversicherung auch Weiterbildungen und Umschulungen ermöglichen, ohne dass es zu einer Kürzung der Arbeitslosengelder geht. Sonst kann für Arbeitslose die Hürde zu hoch sein, um auf entsprechende Angebote einzugehen. Ein weiteres Element wäre eine Anpassung der Staffelung der Altersgutschriften in der beruflichen Vorsorge, die heute mit zunehmenden Alter ansteigen und damit ältere Arbeitnehmende für Arbeitgeber „verteuern“. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die bereits beschlossene EL-Reform die Lage älterer Arbeitsloser in der beruflichen Vorsorge verbessern wird. Personen, die mit 58 Jahren oder älter ihre Stelle verlieren, können künftig bei der Vorsorgeeinrichtung ihres früheren Arbeitgebers versichert bleiben.

Bei der Beurteilung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Überbrückungsleistung ist im Übrigen zu berücksichtigen, dass Männer, die mit 62 ½ Jahren, und Frauen, die mit 61 ½ Jahren einen Anspruch auf die maximale Arbeitslosenentschädigung erlangen, heute grundsätzlich nicht ausgesteuert werden, weil sie nach dem letzten Taggeldbezug bei der Arbeitslosenversicherung das AHV-Alter erreichen (vorausgesetzt, eine Vermittlung ist aus Gründen des Arbeitsmarktes unmöglich oder stark erschwert; vgl. erläuternden Bericht, Ziff. 1.1.4.2 und 3.1.2). Insofern fokussiert die Vorlage auf Personen im Alter zwischen 58 und 62 ½ bzw. 61 ½. Wieso genau dieser Personenkreis besonders unterstützt werden soll, bleibt jedoch unklar, was verdeutlicht, wie willkürlich der Vorschlag letztlich ist: Sind Personen, die mit 57 Jahren arbeitslos werden, weniger unterstützungsbedürftig als 58-Jährige?

Besonders problematisch ist, dass der Bundesrat im erläuternden Bericht zu suggerieren scheint, dass der Bezug von Sozialhilfe „würdelos“ sei und dass es daher die Überbrückungsleistung brauche (diese gewährleiste „einen gesicherten Übergang in die Pensionierung in Würde“, siehe Ziff. 1.3 des erläuternden Berichts). Die Grünliberalen lehnen die Vorstellung ab, dass der Bezug von Sozialhilfe in irgendeiner Weise würdelos ist. Sie ist eine wichtige Errungenschaft unseres modernen Sozialstaats und ein rechtlicher Anspruch der betroffenen Person, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Für die Grünliberalen ist zentral, dass die Sozialhilfe bedürfnisgerecht ausgestaltet ist und ein Leben in Würde ermöglicht. Sollte der Bundesrat der Meinung sein, dass die Sozialhilfe diesem Anspruch heute nicht genügt, sollte er zusammen mit den dafür zuständigen Kantonen eine Anpassung der Sozialhilferichtlinien diskutieren (z.B. dass ältere Ausgesteuerte ihr eigenes Vermögen bis zum Erreichen des Rentenalters weniger stark aufbrauchen müssen), anstatt mit der Überbrückungsleistung eine neue Sozialversicherung schaffen, die neue Ungerechtigkeiten schafft. Bei dieser Gelegenheit erinnern die Grünliberalen an die Motion 17.4167 Bertschy Kathrin, mit der ein Konkordat oder sonst ein schlankes Rahmengesetz in der Sozialhilfe verlangt wird.

Sollte der Bundesrat nach der Vernehmlassung an der Schaffung einer Überbrückungsleistung festhalten, erwarten die Grünliberalen in der Botschaft eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Überbrückungsleistung tatsächlich EU-/EFTA-Bürgerinnen und -Bürgern vorenthalten werden kann, die Beiträge an andere Sozialversicherungen als die schweizerische AHV geleistet haben. Es besteht das Risiko, dass die EU die im erläuternden Bericht vorgenommene Qualifikation der Überbrückungsleistung als „Vorruhestandsleistung“ im Sinne der Verordnung (EG) NR. 883/2004 nicht akzeptieren wird (vgl. erläuternden Bericht, Ziff. 5.2). Daraus könnte sich die Forderung ergeben, dass die in einem EU- oder EFTA-Staat zurückgelegten Versicherungszeiten bei der Mindestversicherungszeit der schweizerischen Überbrückungsleistung berücksichtigt werden. Das würde für den Bund zusätzliche Kosten in noch unbekannter Höhe auslösen, was für die Beurteilung des Vorschlags wesentlich wäre. Es braucht daher zu diesem Punkt Rechtssicherheit.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unsere zuständigen Fraktionsmitglieder, Nationalrätin Kathrin Bertschy und Nationalrat Thomas Weibel, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Jürg Grossen
Parteipräsident

Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



Office fédéral des assurances sociales
Secteur prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : katharina.schubarth@bsv.admin.ch

Berne, le 26 septembre 2019

Loi fédérale sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant l'avant-projet de loi fédérale sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés (LPTC) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Appréciation générale

La situation des travailleurs/euses âgé-e-s sur le marché du travail s'est tendue depuis quelques années. Ces personnes sont soumises aujourd'hui à un risque nettement plus grand d'être expulsées du marché du travail. Par ailleurs, celles qui ont la chance d'exercer une activité lucrative le font souvent à des conditions précaires (emplois temporaires, taux d'activité réduits ou encore cumul de petits emplois). Le Parti socialiste suisse (PS) s'en inquiète depuis plusieurs années et a eu, à maintes reprises, l'occasion de tirer la sonnette d'alarme face à l'immobilisme des partis bourgeois majoritaires, lesquels n'ont cessé de marteler leur mantra néolibéral pour justifier leur inaction. L'initiative visant à combattre la pénurie de personnel qualifié lancée par l'ancien Conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann s'est avérée être de la poudre aux yeux et fut extrêmement décevante. Il va sans dire que les véritables mesures tangibles décidées dans ce contexte provenaient d'autres départements ou que certaines mesures étaient issues d'une impulsion socialiste (par exemple, les conférences nationales sur le thème des travailleurs/euses âgé-e-s)¹.

Compte tenu de la position initialement négative du Conseil fédéral, il est réjouissant de constater qu'il veuille maintenant faire un pas dans la bonne direction en

**Parti socialiste
Suisse**

Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

¹ Cf. Po. Rechsteiner ([14.3569](#)).



prenant un train de mesures afin de remédier à la situation pénible dont sont victimes de nombreux/euses travailleurs/euses âgé-e-s et de donner notamment une réponse aux craintes exacerbées dans le cadre de la mise en œuvre de la libre circulation des personnes. L'introduction d'une prestation transitoire fait l'objet du présent avant-projet de loi fédérale soumis à l'appréciation du PS. Cela fait longtemps que nous revendiquons la mise en place d'un système de rentes-pont en faveur des chômeurs/euses âgé-e-s, à l'instar de ce qui a été accompli dans le canton de Vaud². Sous cet angle, le PS salue l'élaboration d'une loi fédérale pour mettre sur pied un instrument analogue à l'échelle nationale.

A l'heure actuelle, le chômage guette davantage les personnes de plus de 50 ans. Les raisons sont multifactorielles, mais l'on ne peut nier qu'il existe une véritable discrimination des travailleurs/euses âgé-e-s. Elles/ils postulent à de nombreux postes, mais reçoivent systématiquement des refus pour des raisons souvent douteuses. Au cours des dernières années, de nombreuses études ont été publiées et fournissent des preuves solides de discrimination selon l'âge. Les statistiques aussi le démontrent : entre 2010 et 2018, le taux de chômage des personnes de plus de 55 ans a augmenté de manière plus forte que dans les catégories d'âge inférieures. De plus, le Conseil fédéral reconnaît que les personnes concernées éprouvent beaucoup plus de difficultés à remettre pied sur le marché du travail. La durée de recherche d'emploi des personnes de plus de 50 ans est environ une fois et demie plus longue que la durée de recherche moyenne pour toute la Suisse. Par conséquent, le chômage de longue durée frappe durement les chômeurs/euses de plus de 50 ans. Et ce taux est en augmentation. Il en va de même du nombre de chômeurs/euses arrivant en fin de droit. Entre 2012 et 2018, les chiffres attestent d'une progression dramatique chez les personnes de 50 ans et plus. L'écrasante majorité d'entre elles ne parvient plus à retrouver un emploi et se voit bien souvent contrainte d'épuiser son capital du 2^e pilier avant le passage à la retraite – ce, pour le moins, jusqu'à la mise en vigueur de la réforme de PC. Cette évolution s'est reflétée dans le taux d'aide sociale chez les personnes de 60 à 64 ans, qui a enregistré la plus forte progression ces dernières années (+47 % entre 2011 et 2017).

De l'avis du PS, il y a lieu de mener une action urgente à plusieurs niveaux et axée sur la prévention. Le printemps dernier, le PS Suisse a déjà émis plusieurs propositions y relatives dans le cadre de son papier de position « Emploi et formation pour toutes et tous »³. En sus d'une meilleure protection contre le licenciement, il faut développer les offres de formations de rattrapage et de formations continues. Un système de bons de formation sur le modèle de reconversion Passerelle MEM 4.0 permettrait aux personnes disposant de peu de ressources de suivre une formation ou une formation continue.

² Cf. Po. Savary [11.3662](#), Ip. Groupe socialiste [15.3511](#), Po. Schenker [15.3748](#), Ip. urgente Groupe socialiste [15.3818](#). En outre, le PS Suisse a réitéré cette demande au sein de divers papiers de position, notamment dans le cadre de son nouveau concept économique adopté par le Congrès à Brugg/Windisch en 2018 : « Notre économie. Propositions pour une politique économique durable 2019-2029 face aux défis de la numérisation, de la mondialisation et du réchauffement climatique, cf : https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/unsere_wirtschaft_f_def_2.pdf

³ Cf. https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_arbeit_und_ausbildung_fur_alle_f_nach_dv_finale_0.pdf



En parallèle, il nous apparaît essentiel de combler les lacunes existantes d'un point de vue de la politique sociale. De fait, la condition financière des personnes concernées se dégrade de manière durable. Une exclusion du marché du travail aura des répercussions immédiates et douloureuses sur la rente de vieillesse. Par conséquent, les chômeurs/euses âgé-e-s doivent généralement (sur)vivre en permanence avec des revenus précaires. Il faut rapidement remédier à ces situations indignes et déshonorantes.

Commentaire des dispositions

L'avant-projet de loi fédérale sur les prestations transitoires pour les chômeurs/euses âgé-e-s (LPTC) est calqué sur les dispositions de la loi sur les prestations complémentaires et repose sur l'article 115 de la Constitution fédérale. La prestation transitoire compléterait le train de mesures visant à renforcer la compétitivité des travailleurs/euses indigènes et poursuit le but de pallier, sur le plan de la sécurité sociale, la lacune qui existe actuellement entre la fin du droit aux indemnités de chômage et le début du droit à la rente AVS. Le PS salue cet avant-projet. Or, jugé à l'aune du nombre de bénéficiaires (au maximum 5'300 selon les estimations), il s'avère trop minimaliste. Le PS tient à mettre en exergue le fait que les coûts annuels estimés extrêmement modestes (au maximum 270 millions de francs) rendent compte d'un rapport prix-prestation implacable eu égard à l'effet socio-politique inestimable de la prestation transitoire. Cela aura un impact positif sur les PC et l'aide sociale où la Confédération, les cantons et les communes pourront réaliser des économies. Partant, le PS considère que les conditions d'octroi de la prestation transitoire devraient se montrer plus généreuses.

Conditions du droit à la prestation transitoire (art. 3)

Un certain nombre de conditions devront être remplies pour percevoir une prestation transitoire :

- Il faudra avoir épuisé son droit à l'indemnité de chômage après avoir atteint l'âge de 60 ans.
- Les personnes auront été assurées à l'AVS pendant une durée minimale de 20 ans, dont les 10 années sans interruption précédant le début du droit à la prestation transitoire.
- Pendant ces 20 années d'assurance, les personnes auront réalisé un revenu annuel correspondant à au moins 75 % de la rente vieillesse AVS maximale (21 330 francs en 2019).
- Les bénéficiaires ne percevront pas de rente de vieillesse de l'AVS.
- Ne pas posséder une fortune excédant 100 000 francs pour une personne seule et 200 000 francs pour des personnes mariées. La valeur d'un bien immobilier servant d'habitation au bénéficiaire ne sera pas considérée comme un élément de la fortune – à l'exception du rendement qui en découle, lequel sera pris en compte pour le calcul de la prestation transitoire.

Aux yeux du PS, les conditions d'octroi sont trop restrictives à deux égards. Les statistiques avancées par le Conseil fédéral dans le rapport explicatif démontrent que les chômeurs/euses âgées rencontrent des difficultés de réinsertion bien plus tôt déjà. La situation se corse particulièrement à partir de 55 ans. A ce titre, le PS plaide pour un abaissement de l'âge ouvrant le droit à une prestation transitoire de 60 à 55 ans.



La condition liée à la réalisation d'un revenu équivalant à au moins 75 % de la rente vieillesse AVS maximale constitue le second écueil extrêmement problématique d'un point de vue de la politique de l'égalité entre femmes et hommes. Les femmes qui entreront dans la catégorie d'âges intéressée par la prestation transitoire n'ont aucunement vécu le même parcours professionnel qu'une jeune femme faisant aujourd'hui son entrée dans la vie active. A l'époque, les femmes étaient contraintes d'exercer des métiers typiquement féminins mal rémunérés et n'avaient guère accès à la formation. Par ailleurs, les mères assumaient la garde des enfants et ne percevaient pas de revenu. Aujourd'hui encore, les femmes sont victimes de discriminations semblables sur le marché du travail. C'est pourquoi le PS demande instamment et de vive voix que la perception de bonifications pour tâches éducatives ou tâches d'assistance soient prise en compte dans l'examen du droit à la prestation transitoire. De surcroît, en cas de divorce, il y aurait lieu d'appliquer le partage des revenus réalisés durant le mariage (« splitting »).

Dépenses reconnues

D'après le dessein du Conseil fédéral, le montant destiné à la couverture des besoins vitaux dans les PC sera majoré de 25 % pour la prestation transitoire (art. 7, al. 1, let. a). Cela est essentiellement justifié par les frais de maladie et d'invalidité ou les frais de traitement dentaire. Dans les PC, ces derniers sont remboursés par les cantons en sus de la PC annuelle. Sans base constitutionnelle, un tel remboursement n'est pas possible pour les ayants droit à la prestation transitoire. Nous manifestons notre soutien sans réserve à cette réglementation, soulignons toutefois qu'il conviendrait de prévoir une clause de rigueur pour les cas où des maladies chroniques ou graves coûteuses généreraient des frais supérieurs à charge des patient-e-s.

S'agissant des frais de loyer, la limite des montants maximaux prévus dans la réforme des PC est reprise dans le présent avant-projet (art. 7, al. 1, let. b). Certes lesdits montants ont été augmentés de manière substantielle, mais ils demeurent en deçà de l'évolution récente du marché immobilier. Tel qu'il l'a demandé dans le cadre de la réforme des PC, le PS s'attend, à l'avenir, à une adaptation régulière de ces montants.

Il est prévu que la prestation transitoire tienne compte des cotisations d'épargne versées dans le cadre de la prévoyance professionnelle obligatoire et les cotisations pour la couverture des risques et des frais d'administration au titre des dépenses reconnues (art. 7, al. 1, let. g). Le PS accueille ces dispositions favorablement dans la mesure où il est vital que l'objectif du maintien du niveau des rentes puisse être atteint. Conformément à notre exigence relative à l'abaissement de l'âge minimal ouvrant le droit à la prestation transitoire à 55 ans, il faut que la réglementation sur le maintien de la prévoyance professionnelle à titre facultatif auprès du/de la dernier/ère employeur/euse soit adaptée en conséquence afin de garantir la coordination entre les deux lois.

Revenus déterminants

Le PS se montre sceptique quant au dispositif relatif à la prise en compte d'un revenu hypothétique du/de la conjoint-e (art. 11, al. 1). La réglementation pourrait avoir pour conséquence que les couples dussent être soutenus par l'aide sociale, malgré la prestation transitoire, car le/la conjoint-e ne parviendrait pas à se



réinsérer sur le marché du travail. Par conséquent, le PS recommande de renoncer à l'intégration du revenu hypothétique dans le calcul de la prestation transitoire.

Plafonnement de la prestation transitoire

Le Conseil fédéral souhaite plafonner la prestation transitoire à un montant équivalant à trois fois celui destiné à la couverture des besoins vitaux. Celui-ci serait limité à 58 350 francs et 87 525 francs pour les personnes seules respectivement pour les couples (art. 5, al. 1). Or cette règle n'est pas en vigueur dans les PC. Le gouvernement la justifie par sa volonté de maintenir les incitations à retrouver un emploi susceptible de générer un revenu plus important. Cette argumentation est incompréhensible puisque le Conseil fédéral, lui-même, motive l'instauration de l'instrument des prestations transitoires par le fait qu'il sera destiné « aux personnes de plus de 60 ans pour lesquelles aucune réinsertion n'est possible malgré tous leurs efforts et en dépit des mesures d'accompagnement mise en place » (cf. chapitre 1.3 du rapport explicatif). A l'aune de cette incohérence, le PS soupçonne qu'il ne s'agit ni plus ni moins que d'une mesure d'économie et rejette fermement un tel plafonnement. Ce dernier est incompatible et contraire au principe des dépenses reconnues.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique

Département fédéral de l'intérieur DFI
Inselgasse 1
3003 Berne

Berne, 16 septembre 2019 / nb
VL prestations transitoires

Par e-mail : katharina.schubarth@bsv.admin.ch

Loi fédérale sur la prestation transitoire pour les chômeurs âgés Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

Bien qu'il émette certaines réserves, PLR.Les Libéraux-Radicaux est prêt à entrer en matière sur ce projet de loi fédérale sur la prestation transitoire pour les chômeurs âgés.

Le PLR salue le paquet de mesures visant à mieux exploiter le potentiel de main-d'œuvre indigène présenté par le Conseil fédéral en mai dernier : un bilan professionnel, une évaluation du potentiel et un conseil de carrière sans frais pour les plus de 40 ans, ainsi qu'une validation facilitée des formations et perfectionnements, renforceront la compétitivité des travailleurs âgés sur le marché du travail. Dans le cadre de ce paquet, le PLR peut également envisager l'introduction de prestations transitoires. Celles-ci devront cependant rester des mesures de dernier recours, réservées aux individus qui ne parviennent définitivement pas à reprendre pied sur le marché du travail.

1. Avantage du modèle de prestations transitoires

La gauche revendique une interdiction totale de licenciement pour les travailleurs de plus de 50 ans. Cette dangereuse revendication aurait un impact désastreux pour l'attractivité de cette tranche de la population sur le marché du travail. Les prestations transitoires présentent l'avantage d'être ciblées sur les individus concernés par le chômage de longue durée.

2. Réserves émises par le PLR

L'introduction de prestations transitoires pourrait créer de mauvaises incitations. Celles-ci devront dans la mesure du possible être minimisées:

- › Un relèvement de l'âge donnant droit aux prestations transitoires à 62 ans doit être envisagé.
- › La perspective de toucher une prestation somme toute généreuse dès 60 ans peut influencer la motivation d'un chômeur de 58 ans à rechercher activement un nouveau poste de travail. Afin d'éviter de mauvaises incitations, le droit aux prestations transitoires doit être conditionné à l'obligation de continuer à rechercher un emploi.
- › Un mécanisme de contrôle de l'évolution des coûts et du nombre de bénéficiaires devrait être prévu. Si les valeurs estimées par le Conseil fédéral pour ces 15 prochaines années devaient être dépassées, un frein devrait automatiquement être activé.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Conseillère nationale

Le Secrétaire général

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz

Bern, 24. September 2019

Bundesgesetz über Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Die SVP Schweiz ist bestürzt, dass der Bundesrat wissentlich staatspolitischen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaden für unser Land in Kauf nimmt, nur um eine anstehende Volksinitiative (Begrenzungsinitiative) zu bekämpfen. Überbrückungsleistungen (ÜL) schaden erwiesenermassen denen, denen sie zu helfen vorgeben: Den Menschen, die jahrzehntelang hart gearbeitet, für sich selbst vorgesorgt, in die Sozialwerke eingezahlt haben, und allein aufgrund ihres Alters und der damit verbundenen Lohnkosten entlassen werden. Der Bundesrat würde mit Überbrückungsleistungen bewirken, dass noch mehr ältere Menschen in die Sozialwerke abgeschoben werden, die fähig und willens wären, bis zu ihrer verdienten Pensionierung zu arbeiten.

Der Bundesrat will, dass ältere Arbeitnehmende, wenn sie gewisse Voraussetzungen erfüllen, bei Stellenverlust bis zum Erreichen des Pensionsalters Überbrückungsleistungen in Anspruch nehmen können. Mit viel Steuergeld soll der unhaltbare Zustand kaschiert werden, dass für Ältere bei einem Stellenverlust der Wiedereinstieg ins Berufsleben unzumutbar schwierig geworden ist. Diese Ungerechtigkeit hat eine klare Ursache: Wegen der unkontrollierten Zuwanderung haben die älteren Stellensuchenden, durch ihre höheren Lohnkosten ohnehin bereits benachteiligt, trotz guter Qualifikationen gegenüber billigeren, weil jüngeren Mitbewerbern das Nachsehen. Doch statt diese Ursache anzugehen, will der Bundesrat mit riesigen Steuersummen eine Symptombekämpfung betreiben, wie sie im nahen Ausland bereits versucht und aus kluger Einsicht wieder aufgegeben wurde.

Eine Überbrückungsleistung belohnt gerade jene Unternehmer, welche ihre älteren Angestellten durch jüngere Zugewanderte ersetzen, und dadurch die zu starke Migration in unser kleines Land massgeblich mitverursachen. Jeder weiss, dass der Bundesrat diesen Schaden für unser Land in Kauf nimmt, nur um die Begrenzungsinitiative (BGI) zu bekämpfen, die der bereits vom Volk angenommenen, aber vom Parlament sträflich nicht umgesetzten Masseneinwanderungsinitiative endlich Geltung verschaffen soll. Diese war vom Stimmvolk nicht zuletzt deshalb angenommen worden, um den zu hohen Druck der Personenfreizügigkeit (PFZ) auf unseren Arbeitsmarkt zu beenden. Weil Überbrückungsleistungen das Problem, dass sie vorgeben zu lösen, in Wahrheit verschärfen, lehnt die SVP Schweiz solche «Abschieberenten» entschieden ab.

Teurer Abstimmungskampf gegen die BGI

Bevor aufgezeigt wird, weshalb Überbrückungsrenten kontraproduktiv sind, muss die politische Absicht dahinter klar benannt werden: Diese teure, kontraproduktive Symptombekämpfung ist nichts anderes, als eine mit Steuermillionen betriebene Abstimmungskampagne des Staates gegen die Begrenzungsinitiative. Den allerhöchsten Preis dafür zahlen ältere Arbeitnehmende, die mehr denn je fürchten müssten, ihre Anstellung ohne Aussicht auf eine Neuanstellung zu verlieren.

Dass für sie ein durch die PFZ verursachter Missstand herrscht, gesteht der Bundesrat durch die Lancierung dieser Überbrückungsleistungen selbst ein, und bestätigt damit die Notwendigkeit der Begrenzungsinitiative.

Während der Bundesrat der EU und der Personenfreizügigkeit zuliebe keine Kosten und Nachteile für die Schweiz scheut, stellt sich die Frage, ob die ÜL entweder nur für Inländer zugänglich sein sollen, oder ob sie eine weitere Sogwirkung für die Einwanderung in unsere Sozialwerke erzeugen.

Kontraproduktiv aus Sicht Sozialwerke

Bislang rechnet der Bundesrat mit jährlichen Kosten von bis zu 350 Millionen Franken, zu begleichen aus allgemeinen Bundesmitteln. Er erwartet dafür 30 Millionen Franken Einsparungen bei den Ergänzungsleistungen. Was die Kantone auf den ersten Blick finanziell entlastet, kann sie durch geschmälerte Selbstbestimmung gegenüber dem Bund noch teuer zu stehen kommen.

Weil den ÜL-Beziehenden auch die (ebenfalls wegen der Zuwanderung) ständig steigenden Mietkosten und immer teureren Krankenkassenprämien gezahlt würden, ist ein unaufhaltsames Kostenwachstum vorprogrammiert. Für die weiteren Massnahmen wird der Bund von 2020-2022 jährlich zusätzlich gegen 70 Millionen Franken aufwenden.

All diese Millionen/Milliarden würden vielen älteren Stellensuchenden vorenthalten. Personen mit einem Vermögen (dazu zählt auch die 3. Säule) von über 100'000 Franken und Ehepaare mit über 200'000 Franken müssen ihre selbst ersparte Altersvorsorge erst aufzehren, bevor sie ÜL erhalten dürfen, die aus ihren Steuergeldern finanziert werden. Eigenverantwortlichkeit bei der Altersvorsorge würde dadurch regelrecht diskreditiert. Nebenbei wird noch eine weitere Heiratsstrafe geschaffen.

Die älteren Erwerbstätigen haben hohe Lohnkosten, weil sie viel in unsere Sozialwerke einzahlen. Deshalb wiegen Erwerbsausfälle nicht nur bei ihnen individuell, sondern volkswirtschaftlich besonders schwer und es ist deshalb nicht opportun, die Öffentlichkeit mit Verweis auf (noch) tiefe Arbeitslosenquote und ein (noch) geringes Risiko für Stellenverlust bei den über 55-Jährigen zu beschwichtigen.

Statt durch Steuerung der Zuwanderung wieder Chancengleichheit auf dem Stellenmarkt zu schaffen, sollen ÜL-Beziehende gegenüber den Ergänzungsleistungsbezügern im Pensionsalter mit bis zu dreimal höheren Leistungen privilegiert werden. Der Bundesrat interpretiert dies als Anreiz für ÜL-Bezüger, sich weiter um eine Neuanstellung zu bemühen.

ÜL sind faktisch Frührenten. Für die Sicherung des wichtigsten Sozialwerkes, der AHV, ist die längst überfällige Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männern auf 65 Jahre politisch noch nicht abgeschlossen. Mit der AHV 21 sollten eigentlich Anreize für eine Erwerbstätigkeit über das ordentliche Rentenalter hinaus geschaffen werden. Eine neue Frührente ist somit das Letzte, was die Altersvorsorge in der Schweiz vertragen kann.

Weil alle diese Missstände und Ungerechtigkeiten fortbestehen bleiben, werden bald weitere 'Hilfsmassnahmen' und noch grosszügigere ÜL gefordert werden. Eine weitere teure Umverteilungsspirale wird in Gang gesetzt.

Kontraproduktiv aus Sicht der Direktbetroffenen

Wenn bei den 60- bis 64-Jährigen innert weniger Jahre (2011–2017) die Sozialhilfefquote um 47% steigt, müssen dafür externe Faktoren vorliegen. Der in den Zeiten der noch geregelten Zuwanderung geschaffene Umstand, dass ältere Arbeitnehmende höhere Lohnkosten haben, kumuliert mit dem heutigen Überdruck auf den Arbeitsmarkt zu einer frappanten Benachteiligung der älteren Stellensuchenden. Mit seinem Willen zur Einführung einer ÜL signalisiert der Bundesrat, dass er sich mit diesen Umständen abfindet. Hinzu kommen die weiteren Massnahmen, mit denen der Bundesrat den 60- bis 64-Jährigen angeblich helfen will – wohlgermerkt Menschen, die Jahrzehnte lang durch ehrliche Arbeit für sich und ihre Familien aufgekomen sind: Potenzialanalyse, Laufbahnberatung, Coaching, Beratung, Mentoring. Und auf Arbeitsvermittlungszentren sollen ihnen nicht etwa Arbeitsplätze vermittelt werden, sondern «Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen».

Zuerst werden ältere Schweizerinnen und Schweizer durch die Personenfreizügigkeit auf dem Stellenmarkt benachteiligt, und dann wird ihnen auch noch suggeriert, sie seien selber dafür verantwortlich, dass sie auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind.

Die ÜL zementieren nämlich nicht nur die desolote Situation für ältere Stellensuchende. Sie schaffen einen weiteren Anreiz, älteren Arbeitnehmende schon im 58. Lebensjahr zu kündigen. Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit steht mit den ÜL dann ein weiteres soziales Auffangnetz bereit – nicht von der Wirtschaft bezahlt, sondern von den Steuerzahlenden. So will der Bundesrat heutzutage für die Wirtschaft in der Schweiz bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen – nicht zugunsten, sondern auf Kosten der Schweizerinnen und Schweizer. Der Bundesrat nennt dieses Massnahmenpaket dann auch noch einen Beitrag zur sozialen Kohäsion im Land.

Wenn an Stelle der langgedienten Arbeitnehmer ein schwer vermittelbarer Flüchtling angestellt wird, könnte der Arbeitgeber dafür vom Staat noch Einarbeitungszuschüsse erhalten, falls auch diese Massnahme des Bundesrates realisiert wird.

Aus Österreich liegen einschlägige Erfahrungswerte vor, welche negativen Verhaltensänderungen in der Wirtschaft durch ÜL erzeugt werden. Auch Deutschland hat praktische Erfahrungen damit, wie schädlich Frührenten für eine Volkswirtschaft sind. Seit es diesen Fehler korrigiert hat, ist die Erwerbstätigenquote der 55- bis

60-Jährigen von 66,5 auf 80% gestiegen, bei den 60- bis 65-Jährigen von 33 auf 58%. Es darf nicht sein, dass die Schweiz wesentlich den umgekehrten Weg einschlägt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Präsident

Der Generalsekretär

Albert Rösti, Nationalrat

Emanuel Waeber